

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbildern und in allen Klenden erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang Dresden, Freitag den 9. Mai 1930 Nummer 107

Trustpresse bläst zum Angriff!

Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung durch staatlichen „Arbeitszwang“

Schließt die Reihen zum Gegenstoß!

Rote Einheitsfront über alle „linken“ Betrugsmanöver hinweg

Dresden, den 9. Mai.
Die Unternehmerrpresse bläst zum Angriff. Sie fordert Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung mit den Mitteln des staatlichen Arbeitszwanges. Schon hat der Vorstoß in den Betrieben begonnen. Die lächerliche Landtagsfraktion der SPD verhält in diesem Augenblick die Arbeiter, indem sie die lächerliche Bürgerblockregierung ersucht, auf das Brüning-Kabinett einzumwirken, der Unternehmerrpresse zu begegnen. Das ist Hohn und Massenbetrug, weil, wie es notwendig ist, die Massen zur außerparlamentarischen proletarischen Gegenoffensive aufzurufen.
Daher: Kommunisten und revolutionäre Gewerkschaftsopposition, vor die Front! Mobilisiert die Massen! Stellt die Einheitsfront aller Arbeiter her! Streik um die Lebensforderungen des Proletariats! Nieder mit der Bürgerblockregierung! Nieder mit den lächerlichen Terrorbanden und den Betrugsmanövern der sozialdemokratischen Bürokratie!

Heute, Freitag, 20 Uhr,
in den Annensälen
**Wichtige Konferenz
sämtlicher Dresdner
Parteiarbeiter**

Alle Parteiarbeiter in Betrieben
und Organisationen sind ver-
pflichtet, daran teilzunehmen
Tagesordnung: Stellungnahme
zur jetzigen Lage in Sachsen

Das Heer der Erwerbslosen wächst

Berlin, 9. Mai. (Eig. Drahtbericht.)
Künftig wird mitgeteilt: Der Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 16. bis 30. April be-
trifft die Zahl der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung erneut zugenommen hat. Am 30. April be-
trug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der
Arbeitslosenversicherung auf 1.761.000, in der Arbeitslosenunterstützung
auf über 320.000. Die Zahl der Arbeitslosen, die Mitte April
bei den Arbeitsämtern mit rund 2.800.000 festgestellt wurde, ist
im April um 100.000 zurückgegangen und liegt damit etwa um
1.000.000 Köpfe höher als Ende April vorigen Jahres.

einen 3-prozentigen Lohnabbau gefordert. Die Befehls-
macht trat in einem zweitägigen Proteststreik und durch Vereinar-
barung der Betriebsräte und Gewerkschaftsdelegationen mit der
Direktion erfolgte ein Lohnabbau der Spitzenlöhne um
6 Pfennig pro Stunde.
Vor einiger Zeit berichteten wir, daß auch die Firma
Kühnert, Dresden, eine Lohnkürzung um
17 Prozent bei den Formern und Kernmachern forderte. Die
Gewerkschaftsbürokratie betrieb hier dieselbe Taktik wie überall.

Gächliche Industrie legt still

Dresden, den 9. Mai.
Wie wir erfahren, wird die Internationale Kohlstahlgemein-
schaft am 16. Mai in ihrer Mitgliederversammlung den Vorstoß
einer Produktions einschränkung auf 20-25 Prozent
beraten. Im November vorigen Jahres erfolgte bereits eine
Einschränkung von 10 Prozent, die um weitere 10-15 Prozent
erhöht werden soll. Die Kohlstahlgemeinschaft will dadurch eine
Senkung der Monopolpreise umgehen.

Der Generalvorstoß

Das Losse der Unternehmerrpresse aber kommt noch. In
einem Artikel „Höchste Zeit!“ schreibt das führende Blatt
der deutschen Schloßbarone, die Deutsche Bergwerks-
zeitung, folgendes:
„Freilich bedarf es zur Durchführung eines solchen Pro-
gramms einer Erweiterung der gesetzlichen Vorschriften, die sich
auf den Arbeitszwang beziehen. Die unversicher-
ten Erwerbslosen besonders müßten zu solchen Ar-
beitszeiten gezwungen werden können. Das ist ein Gebot der
Notwendigkeit und der Not. Wenn es aber gar nicht anders geht,
wird man auch den von der Wirtschaftspartei neu eingebrachten
Antrag auf Einführung der Arbeitszeitschlichtung, wenn auch in
beschränktem Umfang, energisch diskutieren
müssen. Auch hier haben wir lehrreiche Vorgänge in fremden
Ländern, wo, wie in Bulgarien, recht gute Erfahrungen
gemacht worden sind.“

Diese Mitteilung kündigt eine neue Welle von Ent-
lassungen und Stilllegungen vornehmlich in der
Metallindustrie des Ruhrgebiets an. Aber nicht nur im Ruhr-
gebiet, auch in Sachsen nehmen die Betriebsstilllegungen un-
ausgesetzt zu. Nach den amtlichen Berichten Sachsens gingen
im Januar 336 Stilllegungsanträge ein. Davon
wurden noch durchgeführt 22, teilweise durchgeführt wurden 204,
abgelehnt wurden 64 Stilllegungen. In den Betrieben, für die
Stilllegung beantragt wurde, waren 46.720 Arbeiter und 6.773
Angehörige beschäftigt. Infolge der durchgeführten Stilllegungen
wurden 19.280 Arbeiter und 218 Angestellte aufs
Waffeln geworfen.

Dabei beschränkt sich die Zeitung auf die Methoden zur Lohn-
kürzung beim Stahlwerk Bock und im Mansfelder
Kupferbergbau. Wörtlich heißt es weiter:
„Es wird vielfach aber gar nicht einmal notwendig sein,
zu Lohnkürzungen zu greifen, wenn sich die Arbeiterkraft mit
einer Verkürzung der Arbeitszeit abfinden
könnte, ohne gleichzeitige Lohnkürzungen.“

Im März wurden beim sächsischen Arbeitsministerium
313 Anträge gestellt, im April 295. Am meisten beteiligt
ist die Textilindustrie mit 72, der Maschinen-, Apparate-
und Fahrzeugbau mit 68 Anträgen. Außerdem wurden aus der
Zucker- und Holz- und Schnittstoff 25,
Papier- und Werksstoffindustrie 22, Eisen- und Stahlwaren 19,
Eisen- und Metallgewinnung 14, Elektroindustrie, Feinmechanik
und Optik 12 und aus einigen anderen Industriezweigen eben-
falls einige Anträge eingereicht. Bei diesen Angaben hat das
landesherrliche Amt aber „vergessen“, die Zahl der beschäftigten
Arbeiter und Angestellten zu erwähnen. Aus sehr begrifflichen
Gründen!

Zum Schluß heißt es: „Die Zeit ist reif dazu, es muß ge-
handelt werden, ehe es zu spät ist.“

Die Massenempörung wächst

Die Betriebsleitung der Textilfirma Stache in Witt-
weida hatte für mehrere Abteilungen Lohnabbau bis
zu 50 Prozent befohlen. Von der 200 Arbeiter zählenden

Befehlsgewalt sind die von dem Lohnabbau betroffenen 80 Kollegen
geschlossen in den Streik getreten. Dem übrigen
Teil der Befehlsgewalt ist gefolgt worden. Der Streik ist
unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen, den Streik anzu-
erkennen.

Die an der Kappelbach-Regulierung in Chemnitz
Schönau beschäftigten Kraftwerksarbeiter erreichten
durch geschlossene Niederlegung der Arbeit die
Zurücknahme der Maßregelung ihres Baubelegten.

Die Kraftwerksarbeiter haben unter Führung ihres roten
Baubelegten die Einführung der Akkordarbeit ge-
schlossen abgelehnt. Nur zwei Arbeiter, darunter ein
Sozialdemokrat, haben Akkordarbeit geleistet. Die Auseinander-
setzung des Baubelegten mit diesen Akkordarbeitern führte zu
seiner fristlosen Entlassung. Als die Arbeiter mit dem
geschlossenen Streik antworteten, wurde die Maß-
regelung des roten Baubelegten zurückgenommen.

Ein tolles Stück der sächsischen SPD

Der wachsenden Empörung der Massen über die
schändliche Tarifpolitik der reformistischen Bürokratie nicht zu-
erkennen, beginnt diese mit einer Reihe von oppositionel-
len Scheinmanövern. Die dem Einfluß der Bürokratie
unterliegenden Betriebsräte des Ruhrgebiets haben an den
Zentrumsminister Stegerwald ein Schreiben gerichtet, auf
die Reichsregierung (!) im Sinne der Verhinderung von
Entlassungen einzumwirken.

Nach demselben Rezept hat die sozialdemokratische
Fraktion im sächsischen Landtag einen Antrag ein-
gebracht, nach dem Mittel zur Durchführung der Arbeits-
beschäftigungsanträge den Gemeinden und Bezirksverbänden zur
Unterstützung der Erwerbslosen und des Wohnungsbaus zur
Verfügung gestellt werden sollen. Diese Forderung soll an die
Reichsregierung (!) gerichtet werden.

Die Regierung des Finanzkapitals soll also gegen ihre
eigenen Auftraggeber Maßnahmen ergreifen. Die
sozialdemokratische Landtagsfraktion legt mit ihrem Antrag den
„Kampf“ gegen die Unternehmerrpresse in die Hände der
sächsischen Bürgerblockregierung und Bürger-

Massensturm gegen Schied-Kabinett

Sächsischer Regierung gebildet / Ein Scharfmacher-Kabinett / Fort damit! Erzwingt Landtagsauflösung!

Dresden, den 9. Mai.

Im Sitzungssaal hat der mit Hilfe der Raza gewählte
sächsische Ministerpräsident Schied sein Kabinett zusammen-
geschoben. Ihm gehören an: Richter (Inneres, Arbeit und
Wohlfahrt), Dr. Mansfeld (Justiz), Dr. Gerlach (Finanz
und Wirtschaft). Es ist ein Kabinett der arroganten
Scharfmacher, der unmittelbar von den sächsischen
Industriellen zur Durchführung eines unerlösten Hunger-
programms gegen das sächsische Proletariat.

In der kommenden Woche fällt die Entscheidung über
den kommunistischen Auflösungsantrag, aber das wahr-
scheinlich Verhalten der Raza schreibt das Blatt der volkspartei-
lichen Scharfmacher, der „Dresdener Wache“, daß die
Bürgerlichen sich nicht verteidigen können, daß die Raza „ein Kabinett,

das ihren Grundjahren so sehr entspricht (!!) wie
das Schiedsche, jetzt kürzen wollen.“

Wie die Bourgeoisie die „Opposition“ der SPD-
Führer wertet, kommentiert daselbe volkspartei-
liche Blatt, in-
dem es schreibt:

„Die Rede des Abgeordneten Edel in der letzten Landtags-
sitzung fiel allgemein durch ihre verhältnismäßige Sach-
lichkeit auf.“

So unterliegen die Raza offen den Bürgerblut, während
die „linke“ SPD durch eine isolierte „Opposition“ die Arbeiter vom
wirklichen Kampf gegen das Bürgerblockkabinett abhalten ver-
sucht. Um so mächtiger muß aus den Massen der Ruf dringen:
Fort mit dem Schied-Kabinett! Auflösung des
Landtages! Außerparlamentarischer Kampf
gegen die kapitalistische Herrschaft des Hungers!

Die Weite des Lohnabbaus

In der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie ist die Befehls-
macht vom April vorigen Jahres mit 213.508 auf 197.500
im Februar 1930 zurückgegangen. Die Mansfeld-WG in
Eisleben verlangte vor kurzem einen fünfprozentigen Lohn-
abbau. Wenn die Arbeiter sich nicht fügen, soll der Kupfer-
erzbergbau stillgelegt werden. Das Stahlwerk
Böcker in Weiskirchen hat bekanntlich mit der christlichen und
reformistischen Betriebsleitung einen 10prozentigen Lohn-
abbau vereinbart. Der KADP beim DMB haben nichts da-
gegen unternommen. Das Stahlwerk Hennigsdorf hat